



**Start of [Zu den Subhastations-  
Akten der hiesigen Synagogen-  
Grundstucke] /**

**AR 2962**

Sys #: 000195352

LEO BAECK INSTITUTE  
Center for Jewish History  
15 West 16th Street  
New York, NY 10011

Phone: (212) 744-6400  
Fax: (212) 988-1305  
Email: [lbaeck@lbi.cjh.org](mailto:lbaeck@lbi.cjh.org)  
URL: <http://www.lbi.org>

AR 2962

VI

[Zu den Substitutions-Akten der hirsigen Synagogen-Grundstücke], 1832

K

## Königlich Hochlöbliches Landgericht!

Lissa den 12. December 1832.

### Zu den Subhastations-Akten der hiesigen Synagogen-Grundstücke.

Die Aeltesten der hiesigen israelitischen Gemeinde bitten die projectierte Vergleichs-Vorschläge und resp. Tilgungsfond ihren Gläubigern zu communiciren und einen Termin zur Abgebung ihres Resoluts anzusetzen.

Von einer Königlich Hochlöblichen Regierung zu Posen ist uns unterm 26. October c. der wohlmeinende Rath und Befehl erteilt worden, bei einem Königlich Hochlöblichen Landgericht zu Fraustadt, auf Regulirung des Schuldenwesens unserer hiesigen Gemeinde anzutragen, und zugleich einen Amortisations-Plan einzureichen.

Um hierüber zu bestimmten Resultaten zu gelangen, und die von uns am Schlusse dieses Gesuches gemachten Vergleichs- und Amortisations-Vorschläge als annehmbar zu finden, scheint es uns zweckmäßig, die hohen Behörden so wie unsere Herren Gläubiger, auf das Entstehen der Synagoga-Schulden zurück zu führen, um solche dadurch vollständig übersehen, richtig beurtheilen zu können; und daraus zu entnehmen, wie der größte Theil dieser Schulden durch Verfolgung, Bedrückung unserer Nation und durch Gewalt entstanden sind.

Zu der ehemaligen polnischen Zeit sind die unglücklichen Juden als eine Finanz-Quelle und als willenlose Kreaturen des Adels und des Clerus gehalten worden. Mit ihrem Vermögen wurde nach Belieben gewaltet, sie mußten zu allen Bedürfnissen ihrer Grundherrschaften Gelder herbeischaffen, und bei eignen erschöpften Vermögen, Kapitalien aufborgen oder für die Grundherrschaft Schuldscheine unterschreiben. Auch unsere damalige Aeltesten haben, ohne von der Gemeinde dazu beauftragt oder mit einer Vollmacht versehen zu sein, Kapitalien auf den Namen der Gemeinde aufgenommen, zu deren Bezahlung sie (die Aeltesten) sämtliche Mitglieder verpflichteten und deren sämtliches Vermögen dafür verpfändeten. Diese Schuldscheine wurden in den Brod-Gerichten ohne alle Recognition der unterschriebenen Personen und ohne allen Nachweis, ob die Contrahenten die hiesige Aeltesten oder von irgend einer andern Stadt waren, errichtet, oblatirt und ausgehändigt. Ob die Aeltesten die Valuta dafür erhalten oder ob das Ganze nur ein Scheingeschäft für ihr eigenes Interesse war, wird ewig unentschieden bleiben. Die Durchlesung eines über diese Anleihen aufgestellten Schuld-instrument wird die Wahrscheinlichkeit unserer Angaben bekräftigen. Der damals herrschende Despotismus der Grundherrschaften, auf deren Befehl die Vorsteher Gelder hergeben mußten, verlieh auch diesen Vorstehern eine unumschränkte Gewalt über ihre Gemeinde-Mitglieder und mit aller möglichen Strenge, ja mit executionärer Gewalt, wurde von den Mitgliedern die Zinszahlung von den, von ihnen unehrenhaftig aufgenommenen Kapitalien, eingezogen. Die ärmere Klasse fand kein Gehör, wenn sie über diese Erpressungen Beschwerde führen

wollte, und die Reichern schwiegen, weil auch sie früher oder später Aelteste waren und sich dieselben Gewaltthätigkeiten erlaubten. Indessen durch den damaligen allgemeinen Wohlstand, durch den im In- und Auslande ausgebreiteten Handelsverkehr, wurden alle Gemüther beschwichtigt und gleichsam von der Geburt an, an beständige Abgaben gewöhnt, gab ein Jeder, was er nur geben konnte, ohne zu wissen, ob er seinen Beitrag zur Zinszahlung oder zur Unterstützung der Armen und Besoldung der Rabiner und Synagogen-Beamten einzahle. Unwissenheit mit den innern Verhältnissen und finanziellen Umständen der Gemeinde war das Loos der meisten Mitglieder, und iustitmäßig verpflanzte sich diese Unwissenheit bis auf unsere Zeiten. Aber diese Zinszahlungen waren damals auch nicht so sehr bedeutend, da der Zinssatz meistens auf 3½ Prozent stipulirt war.

Unheilbringend und Unglückschwanger nahete sich uns das Jahr 1806 und die darauf folgenden Jahre. Der damalige Krieg und die Organisation eines neuen Staates (das Herzogthum Warschau) war die unglücklichste Periode für unsere Gemeinde. Wie früher der Grundherrschaft, wurden wir jetzt die Finanzquelle des Staates. Contributionen, alte und neuere Abgaben, freiwillige und gezwungene Anleihen, führten uns der Verarmung immer näher. Neue Darlehen mußten von unsern auswärtigen Glaubensbrüdern aufgenommen werden, um nur die Zinsen von den alten Schulden zahlen zu können. Mehrere bemittelte Mitglieder und vorzüglichste Contribuenten sind abgesorben und deren Vermögen war verschwunden. Die sparsamen Reste der Wohlhabenheit waren zwar noch hier und da zu finden, aber der größte Theil der Gemeinde litt bittere Noth, und eine Abhilfe war bei den eingetretenen nachruhlungslosen Zeiten, bei dem Stillstande des Verkehrs und bei dem herrschenden Geldmangel unmöglich. Sogar die Rückkehr unter Preussischen Scepter brachte für uns keine bessere Zeiten, da die Abtretung des ehemaligen Siedpreußen an Rußland und die Handelspolitik dieses Reiches unsern Handel gänzlich vernichtete. Hierzu gesellte sich ein noch größeres Uebel. Im Jahre 1816 erging an uns die Aufforderung, ein Hypothekenbuch von unsern Synagoga-Grundstücken anzulegen und die Gemeinde-Schulden darauf hypothekarisch einzutragen zu lassen. Zur Genügung dieses Auftrages wurden Deputierte erwählt, und diese, unbekannt mit den preussischen Gesetzen, unbekannt mit dem Inhalt der Schuldinstrumente, welche alle in lateinischer Sprache, von welcher sie kein Wort verstanden, abgefaßt waren, und ohne Zuziehung eines Justiz-Kommissarius willigten sie blindlings in Alles, was von ihnen verlangt wurde. Sie erkannten alle Schulden, ohne weitere Prüfung, als richtig an, ließen diese im Hypothekenbuche auf unsere Synagoga-Grundstücke eintragen, und anstatt daß wir früher nur 3 und 3½ Prozent Zinsen zahlten, bewilligten sie einen höhern Zinssatz mit fünf Prozent. Seit dieser Zeit hat das Elend unserer Gemeinde seinen höchsten Gipfel erreicht. Der größte Theil der Mitglieder wollte und konnte den ausgeschriebenen Beitrag nicht einzahlen; Ein Hohes Ministerium hat den königlichen Regierungen die Nichtreimung von unsern innern Angelegenheiten anbefohlen. Vom Staate stiefmütterlich behandelt, verlassen und ohne allen Schutz, was konnten die Aeltesten bei solchen traurigen Verhältnissen thun? Sollten sie gegen 700 Gemeinde-Mitglieder bei den Gerichtsbehörden klagen und durch kostspielige Prozeß das allgemeine Elend vergrößern? Es blieb ihnen also nichts übrig, als die Zinszahlungen einzustellen und das Mitleid ihrer Gläubiger in Anspruch zu nehmen. Was aber war der Erfolg? Unsere Gläubiger kündigten die Kapitalien, klagten wegen rückständige Zinsen, wir wurden mit Executionen belegt, dadurch häuften sich die Kosten, und das Verwirrungsvolle unserer Lage steigt mit jedem Tage.

Bei solchen traurigen Umständen, bei der Menge der auf uns lastenden unvermeidlichen notwendigen Abgaben läßt sich mit Wahrscheinlichkeit befürchten, daß selbst der noch sehr geringe Theil der Wohlhabenden mit der Zeit ein Opfer der übermäßig starken Belastung werden müsse, wodurch die Gemeinde ihrem Totalruin entgegenrückt. Unmöglich kann der Staat, dessen weissen und milden Gesetze sich jeder Unterthan zu erfreuen hat, es zugeben, daß eine Ge-

meinde wegen Schulden die sie nicht contrahirt, wegen Schulden die aus Willkühr, Despotismus, Intolleranz, Verfolgungsgeist entstanden und durch grobe Unwissenheit anerkannt worden sind, völlig ruinirt und zu Bettlern werde.

Um aber dennoch bei dieser drückenden Lage unsern Gläubigern, so viel wie uns nur möglich, gerecht zu werden, sind wir entschlossen, kein Opfer zu scheuen, und machen ihnen folgende Vergleichsvorschläge:

- 1) für die rückständigen Zinsen bis zum Tage der Annahme des Vergleiches offeriren wir ein Pauschquantum von 3000 thlr., worin sich die resp. Gläubiger nach einem unter sich anzulegenden Distributions-Plan theilen sollen.
- 2) Von Johanni 1833 ab sollen pünktlich jedes Jahr von unsern sämtlichen Gemeinde-Schulden drei Prozent in halbjährigen Raten postnumerando ausgezahlt werden.
- 3) Sollen jährlich, und zwar jedesmal am 15. December, 300 thlr. als Tilgungsfond an die Regierungs-Hauptkasse zu Posen eingezahlt werden.

Wir hoffen, daß unsere Herrn Synagogal-Gläubiger diese unsere Vergleichsvorschläge als billig und annehmbar finden werden; um so mehr, da der größte Theil unserer Kirchenschulden früher nur mit 3 und  $3\frac{1}{2}$  Prozent verzinst worden, wie wir dieses nöthigenfalls gehörig nachweisen können, und sie zugleich bedenken müssen, daß der von unsern Deputirten widerrechtlich erhöhte Zinsfuß mit 5 Prozent sehr verderblich auf unsere Gemeinde gewirkt hat.

Nach dieser Voranschickung und mit Bezugnahme auf das hier beiliegende Rescript Einer Königlich Hochlöblichen Regierung und das Judenreglement von 1797 Capit. IV. §. 7., bitten wir Ein Königlich Hochlöbliches Landgericht ganz gehorsamst:

diese unsere Vergleichs-Vorschläge und Amortisations-Plan, unsern sämtlichen Creditores, wie solche in Beilage aufgeführt sind, zu communiciren, einen Termin zur Abgebung ihres Resoluts anzusetzen und sie durch zweckdienliche Versuche zur Genehmigung der ihnen gemachten gültlichen Vorschläge zu vermögen. Gehörige Vollmacht von der Gemeinde werden wir ad Terminum beibringen.

Die Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde:

M. Gottstein. E. Cohnstädt. Lion Levy.



**End of [Zu den Subhastations-  
Akten der hiesigen Synagogen-  
Grundstucke] /**

---